

rungs-, Lebens-, Arbeits- Sozial- und Fremdsprachenkompetenzen der Schüler:innen zu stärken. Frau Schubert stellt zudem weitere Beispiele diesbezüglich vor.

- Ferner gehe es um lebenspraktisches Lernen, u.a. auch in der Natur und zum Thema Landwirtschaft.
- Weiterhin wolle man auch demokratische Partizipationsformen leben und anwenden. Es solle ein Schulparlament geben.
- Zudem sei die Elternbeteiligung wichtig und die Schule solle und möchte sich in den Stadtteil aktiv einbringen.
- Wichtig sei weiterhin lebenspraktisches Lernen und Wissensvermittlung. Dieses komme an den Oberschulen bisher nicht ausreichend zur Geltung.
- Zur Konzeptumsetzung strebe man zudem einen Schulneubau an. Hier solle es dann ein neues Raumkonzept geben – größere Räume als in den bisherigen Schulgebäuden. Dazu solle es ferner Ruheräume geben und Räumlichkeiten, die individualisiertes Lernen ermöglichten.

Frau Schubert berichtet weiter zum Stand der Konzeptionsumsetzung. Seit 2021 führe man regelmäßige Gespräche mit der zuständigen senatorischen Behörde. Grundsätzlich gäbe es Wohlwollen, so Frau Schubert. Die Konzeptionsprüfung durch die Oberschulbehörde sei allerdings noch nicht abgeschlossen. Es fänden dazu regelmäßige Treffen statt. Die nächste Zusammenkunft sei innerhalb der nächsten vier Wochen, führt Frau Schubert aus.

Herr Rasehorn ergänzt die bisherigen Darstellungen von Frau Schubert als aktives Mitglied der Gründungsinitiative. Diese wurde 2019 ins Leben gerufen. Ziel sei es, mit der Jugendschule einen Übergang von der Kinderschule zu etablieren. Das Thema Inklusion, inklusive Bildung stehe im Mittelpunkt. Der Assistenzansatz solle mit der Schule stark verankert werden. Bisher gebe es zu wenige inklusive Oberschulen in Bremen. Weiterhin habe sich bereits ein breites Unterstützer:innennetzwerk aus Einzelpersonen, Eltern, Initiativen, Vereinen gebildet. Mit Spendengeldern in Höhe von 10.000 Euro sei eine Koordinierungsstelle zur Gründung einer Jugendschule eingerichtet worden. Als ein möglicher zukünftiger Schulstandort wäre aus Sicht der Gründungsinitiative das Gelände der Schule an der Fritz-Gansberg-Straße geeignet.

Abschließend werben Frau Schubert und Herr Rasehorn um Unterstützung der Gründungsinitiative durch den Beirat gegenüber der Senatorin für Kinder und Bildung (SKB).

In der Folge gibt es Nachfragen von den anwesenden Ausschussmitgliedern.

Zunächst stellt Herr Golinski eine Reihe von kurzen Nachfragen, auf die Frau Schubert antwortet:

Wie komme man auf das Gelände der Schule an der Fritz-Gansberg-Straße als möglichen zukünftigen Schulstandort für den Neubau einer Jugendschule?

Dies hätte sich aus den bisherigen Gesprächen mit der SKB ergeben. Es sei aber noch nichts konkret. Das vorhandene Schulgebäude sei auch für den Konzeptionsansatz der Jugendschule nicht geeignet.

Herr Golinski fragt weiter nach dem angedachten Zeithorizont bis zur Etablierung und wie viele Klassen unterrichtet werden sollen.

Bis zur Eröffnung eines Neubaus könne man sich beispielsweise für den Start und Übergang Containerlösungen vorstellen. Zu Beginn solle es jeweils eine 5., 6. und 7. Klasse geben.

Man strebe in der Perspektive eine Zweizügigkeit an. Die senatorische Behörde würde sich für eine Dreizügigkeit aussprechen.

Auf weitere Nachfragen von Herrn Golinski antwortet Frau Schubert, dass in der ersten Etablierungsphase der Jugendschule die Schüler:innen aus der Kinderschule und aus dem Stadtteil selbst kommen sollen. Frau Schubert betont weiter, dass man mit der Jugendschule eine staatliche Oberschule für Schwachhausen etablieren wolle. Die Thematik Inklusionsumsetzung bedeute ferner, dass an der Jugendschule alle Schüler:innen gemeinsam unterrichtet werden sollen – mit und ohne Handicaps.

Herr Golinski stellt weitere Nachfragen zu den Themen Lehrkräftegewinnung und zum angespro-

chenen Campusmodell. Frau Schubert sagt dazu, dass es Interesse von Lehrkräften gebe, in einer Jugendschule tätig zu werden. Generell sei es aber derzeit, wie überall in der Bundesrepublik, schwierig Fachkräfte zu gewinnen. Das Campusmodell bedeute, dass es einen fließenden Übergang von der Kinderschule in die Jugendschule geben solle. Neben den anderen Kindern, sollten jährlich auch 20 Schüler:innen der Kinderschule in die 5. Klassen der Jugendschule aufgenommen werden.

Herr Dr. Schober fragt nach, warum es eine inklusive Jugendschule geben solle, obwohl doch alle Bremer Schulen die Inklusionsthematik umsetzen sollen.

Frau Schubert und Herr Rasehorn erwidern, dass Inklusion und die Aufnahme von Schüler:innen mit Bedarfen auch an den anderen Schulen vollzogen werde, dass aber der starke Assistenzansatz der Jugendschule eine Besonderheit sei. Zudem zeigten sich bei Schüler:innen der Kinderschule Probleme beim Übergang auf die Oberschulen. Zudem wolle man gewachsene Gruppenstrukturen der Kinderschule mit der Jugendschule fortführen und somit ein längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. Dies sei auch der Wunsch vieler Eltern. Die beiden Referent:innen betonen aber, dass man keine Insel entstehen lassen wolle. Die Jugendschule solle mit ihrem Konzeptansatz in die Bremer Bildungslandschaft als staatliche Modellschule einfließen.

Frau Augis fragt nach, wie viele Schüler:innen sonderpädagogischen Bedarf hätten? Frau Schubert sagt, dass etwa 15-20% diesen hätten. Sie betont aber wiederholt, dass der Konzeptionsansatz der Jugendschule keine sonderpädagogische Einrichtung sei, sondern, dass alle Kinder und Jugendlichen aufgenommen werden sollten. In die Konzeption habe man verschiedene pädagogische Ansätze aufgenommen und übernommen. Die Klammer sei hierbei inklusives Lernen.

Frau Augis fragt weiter nach, ob auch Konzepte von gesunder Ernährung vermittelt werden sollen? Dies wird bejaht. Abschließend fragt Frau Augis zum Ablauf der Prüfungen nach. Diese würden nach den vorgegebenen Prüfungsordnungen stattfinden, sollten aber individualisierter als bisher stattfinden, so Frau Schubert.

Es gibt weiterhin auch Statements von anwesenden Sitzungsgästen. Die Leiterin des Kinder- und Familienzentrums Fritz-Gansberg-Straße äußert das Bedauern, dass sie bisher von Seiten der Gründungsinitiative der Jugendschule noch nicht angesprochen bzw. einbezogen worden sei. Frau Schubert sagt dazu, dass man bisher zum Standort keine Zusage habe und so diese erfolgen sollte, auch mit dem Kinder- und Familienzentrum den Kontakt aufnehmen werde.

Die Leiterin der Oberschule Am Barkhof äußert, dass die angedachte Konzeption spannend und interessant sei und appelliert an die Gründungsinitiative offen für alle Kinder und Jugendlichen in Schwachhausen zu sein.

Im Anschluss debattieren die Fachausschussmitglieder intensiv darüber, wie sich der Ausschuss zur vorgestellten Jugendschulkonzeption verhalten solle.

Frau Auras erinnert in diesem Zusammenhang an den einstimmigen Beschluss des Fachausschusses vom 30.05.2022. Hier hatten sich die Mitglieder für die Etablierung einer weiteren Oberschule im Stadtteil Schwachhausen ausgesprochen.²

Herr Dr. Schober greift dies auf und plädiert dafür, jetzt noch keinen Beschluss zur Jugendschulkonzeption zu vollziehen. Zudem wolle er sich und seine Fraktion zunächst mit dem heute vorgestellten Konzept befassen.

Die drei anderen anwesenden Fachausschussmitglieder Frau Augis, Frau Chaudhuri und Herr Golinski plädieren für die Unterstützung der Jugendschulkonzeption und stellen folgenden Antrag zur Abstimmung: „Die SKB wird aufgefordert, der Gründungsinitiative der Jugendschule den Gründungsauftrag für die geplante Oberschule mit dem anvisierten Standort Fritz-Gansberg-Straße zu erteilen.“

Frau Auras lässt darüber abstimmen. Es gibt drei Dafür-Stimmen und eine Gegenstimme. Damit gilt der Antrag nicht als Beiratsbeschluss und als abgelehnt.

² Siehe [Protokoll Nr. 13](#).

Frau Auras regt an, die Thematik noch einmal in den Fraktionen zu behandeln und ggf. in den Koordinierungsausschuss zu tragen, wenn sie das Thema nochmals in einer Beiratssitzung behandelt haben möchten.

TOP 2: Änderung des Schulverwaltungsgesetzes 2021: erste Erfahrungen mit Schulkonferenzen

Mit der Novellierung des Bremer Schulverwaltungsgesetzes traten im August 2021 u.a. auch Änderungen hinsichtlich der Schulkonferenzen in Kraft. U.a. sind jetzt die Durchführung von mindestens 4 jährlichen Schulkonferenzen verpflichtend und es gab ferner Anpassungen bei der Zusammensetzung der Schulkonferenzen. Das Ortsamt hatte jetzt auf Bitte des Fachausschusses die Schulen angeschrieben und um Rückmeldungen zu den ersten Praxiserfahrungen mit den Veränderungen gebeten. Es gab zwei schriftliche Rückmeldungen per Mail.

Oberschule Am Barkhof (E-Mail vom 26.09.2022):

„Obwohl die Änderungen im Schulverwaltungsgesetz bereits ein Jahr alt sind, kann ich Ihnen höchstens erste Eindrücke nennen bzw. schildern. Die Anzahl der bislang durchgeführten Schulkonferenzen ist noch zu gering.“

Prinzipiell habe ich den Eindruck, dass die Drittelparität ein gutes Instrument ist, um mehr Teilhabe für alle an Schule Beteiligten zu generieren. Die anfangs befürchteten Ängste - insbesondere von Kolleg*innen -, dass beispielsweise Eltern bestimmte Vorhaben und Projekte eventuell blockieren könnten, haben sich nicht bewahrheitet. Ich empfinde unsere Zusammenkünfte immer als konstruktiv und zielführend. Dies hängt aber sicherlich auch damit zusammen, dass bereits im Vorfeld der Schulkonferenzen Eltern, Kolleg*innen und Schüler*innen über die anstehenden Beschlüsse gut informiert sind bzw. sogar daran mitgewirkt haben (z.B. im Rahmen der Steuergruppe) > Stichwort: Transparenz/ Beteiligung.

Wir haben nun sogar unsere Steuergruppe paritätisch organisiert. Zukünftig können Eltern und Schüler*innen gleichberechtigt mit den Kolleg*innen planen und Schulentwicklungsprozesse gestalten.“

Hermann-Böse-Gymnasium (E-Mail vom 14.10.2022):

„Bislang gab es bei uns am HBG überhaupt keine Probleme mit der neuen Zusammensetzung der Schulkonferenz. Allerdings muss ich auch sagen, dass die Beschlussthemata alle unstrittig und unproblematisch waren.“

Auf der Fachausschusssitzung waren weiterhin auch Vertreter:innen weiterer Schulen anwesend, u.a. vom Kippenberg-Gymnasium, die ebenfalls die Änderungen hinsichtlich der Schulkonferenzen begrüßen und bisher keine Probleme damit sehen.

Herr Dr. Schober fragt nach, ob es richtig sei, dass die Schüler:innen der Schulkonferenz aus der jeweiligen Schüler:innenvertretung kämen. Dies wird von den Vertreter:innen der Schulen bestätigt.

Frau Auras regt abschließend an, die Thematik ggf. noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt aufzugreifen, wenn bereits mehr und umfangreichere Erfahrungen mit den Änderungen gesammelt worden seien.

TOP 3: Verschiedenes

Frau Auras informiert darüber, dass noch Beantwortungen von Anfragen an die SKB ausstehend seien. Hierbei gehe es um Fragen der letzten Sitzung vom 08.09.2022.³

³ Siehe [Protokoll Nr. 15](#).

Zwischenzeitlich wurde die Beantwortung der Fragen an das Ortsamt übermittelt. Diese sind dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.

Zwei weitere in der Sitzung am 08.09.2022 aufgeworfenen Fragen seien von der SKB wie folgt beantwortet worden:

An der Grundschule Baumschulenweg finde keine Betreuung bis 18:00 Uhr statt. Nach Aussage der Schulleitung werde zu Beginn des Schuljahrs bei den Eltern der Schulkinder abgefragt, ob ein Bedarf für Früh- und Spätbetreuung bestehe (vor 8:00 Uhr und nach 16:00 Uhr). Nach aller bisherigen Erfahrung ergebe diese Abfrage zu wenige Kinder, als dass die Bildungsbehörde diese Betreuungsform einrichten würde.

Offiziell gehe die Schulleitung der Grundschule Baumschulenweg davon aus, dass der Neubau im November 2022 in Betrieb genommen werde, inoffiziell gehe sie von einer Inbetriebnahme zum zweiten Schulhalbjahr aus.

Frau Auras gibt eine Information der Leiterin des Hermann-Böse-Gymnasium weiter. Von Seiten der Schule sei beobachtet worden, dass sich zunehmend Personen im Bereich der Schule aufhielten, die dort Drogen konsumierten. Der für das Gebiet zuständige Kontaktpolizist sei informiert worden. Herr Dr. Schober fragt nach, ob damit eine Verdrängung der Szene vom Bahnhof auf den Nelson-Mandela-Park und ein Überschwappen auf die Schule gemeint sei. Frau Auras erwidert, dass die geschilderten Informationen sich ausschließlich auf die Situation an der Schule bezögen und Näheres Thema des Fachausschusses „Soziales, Integration, Jugend und Kultur“ sei.⁴

Stv. Sprecherin

Vorsitz

Protokoll

Chaudhuri

Auras

Freydank

⁴ Siehe zum Beispiel [Protokoll Nr. 19](#) der Sitzung am 05.09.2022.